

Michael Haack, Mitgliedsnummer 23,
Am Götzenkothen 51B
40472 Düsseldorf
Handy 0175 8239136

Düsseldorf, den 12.11.2017

An den Stadtverband Düsseldorf der Alternative für Deutschland (AfD)
Münsterstrasse 306
40470 Düsseldorf

Der Stadtverbandsparteitag möge folgenden Satzungs-Änderungs-Antrag beschließen:

Einführung einer Austrittsklausel, sowie Beschluss des Austritts aus dem Bezirksverband.

Die Satzung des Stadtverbandes Düsseldorf ist hier zu finden:

<https://cdn.afd.tools/sites/17/2016/04/17115126/Satzung-D%C3%BCsseldorf-08.04.2016.pdf>

Antrag: Der Stadtverbandsparteitag möge beschließen,

eine Austrittsklausel einzuführen und danach sofort den Austritt aus dem Bezirksverband zu erklären. Der entsprechende Paragraph der Satzung des Stadtverbandes Düsseldorf lautet:

§ 9 – Auflösung und Verschmelzung

Für die Rechtswirksamkeit von Beschlüssen über die Auflösung oder Verschmelzung des Stadtverbandes gelten die entsprechenden Regelungen der Bundessatzung.

Hier wird auf die Bundessatzung verwiesen:

<http://bund.afd-hosting.de/wp-content/uploads/sites/6/2017/01/151205-AfD-Bundessatzung-vom-29.11.2015.pdf>

Allerdings ist in dieser eine entsprechende Regelung für den Austritt offensichtlich vergessen worden. Es gilt § 17 – Vereinigungen.

Der § 9 – Auflösung und Verschmelzung soll durch folgenden Zusatz ergänzt werden:

Für die Rechtswirksamkeit von Beschlüssen über die Auflösung oder Verschmelzung des Stadtverbandes gelten die entsprechenden Regelungen der Bundessatzung. Über einen Austritt aus Kreis-, Bezirks- und Bundesverbänden kann der Stadtverband selbst entscheiden.

Begründung:

Die Mitglieder des KV Düsseldorf sehen ihren Willen und ihre Interessen durch den Bezirksverband nicht mehr vertreten.

Nach dem Austritt von Frauke Petry und Marcus Pretzell mit Mitnahme von insgesamt 4 über die AfD erzielten Mandaten sowie bundesweit weiteren Parteimitgliedern (NRW, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern etc.) – die meisten aus dem Umfeld der sog. „Alternativen Mitte“ (AM) - ist in der AfD - mit Gründung der sog.

„Blauen Partei“ sowie der sog. „Blauen Wende“ - ein erheblicher Schaden entstanden. Dieser Schaden war absehbar und wurde von den Verantwortlichen nicht verhindert bzw. durch Unterlassen einzelner sogar gefördert. Insbesondere der Landesverband NRW wurde bereits in 2017 unter der Führung von Marcus Pretzell von der Bundeslinie explizit „abgekoppelt“ und vertrat ohne Mitglieder- oder Parteitagsbeschluss vermeintlich eine „personell und sachlich von der Bundeslinie abweichende Realpolitik“ (Interview-Aussage von Marcus Pretzell auf PHOENIX im Rahmen des Kölner Bundesparteitages).

Ausdruck dieser „abweichenden Realpolitik“ ist u.a. die derzeit gängige (schleppende) Mitglieder-Aufnahmepraxis in NRW (überwiegend Aufnahme von Ex-Altparteilern von SPD, Linke, Grüne, weniger CDU und FDP, dagegen kaum Mitglieder ohne vorheriges Partei-Engagement), die inhaltliche Ausrichtung des Landeswahlprogramms NRW (AfD als „bessere“ SPD) sowie der Großteil der „realpolitischen“ NRW-Listenkandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl 2017.

Das von Pretzell und seinen noch immer im Landesverband verbliebenen Unterstützern in NRW aufgebaute und gesteuerte System der Delegierten der Kreisverbände, die die Landes- und Bezirksdelegierten wählten, wurde über die Bezirks- bis auf die Landesebene manipulativ betrieben. Auf Bezirksebene wählten sodann nach Absprache die Delegierten die Bundesdelegierten. Dabei wurden weniger die politisch aktiven oder erfolgreichen Mitglieder aus NRW als Bundesdelegierte gewählt, vielmehr legte man Wert auf möglichst beeinflussbare und „meinungskonforme“ Mitglieder, die teilweise erst völlig neu in die Partei aufgenommen wurden. Große Teile der Parteibasis oder nachweislich erfolgreiche Kreisverbände wurden völlig ausgeschlossen.

Das damit aufgebaute System, das eher an ein Finanzpyramiden- oder Schneeballsystem erinnert, bewirkte im Ergebnis eine größtmögliche Entdemokratisierung der Parteibasis. Delegierte wählten „Super-Delegierte“, die sich gegenseitig wählten und sich Posten, Ämter und vor allem auch Mandate selbst zuschanzten. In den verschiedenen Landeswahlversammlungen einigten sich ausschließlich einige wenige Bezirksvertreter auf einen sog. „Bezirksproporz“, in den lediglich „genehme“ Kandidaten – weniger qualifizierte oder politisch leistungsfähige - Berücksichtigung fanden. Entsprechende Kandidaten, die weitestgehend inaktiv im NRW-„Wahlkampf“ auftraten, wurden im Ergebnis „gewählt“, entsprechend deutlich unterdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielte der Landesverband NRW im Bundesdurchschnitt bzw. im Vergleich mit anderen erfolgreichen Landesverbänden und die Mitglieder zogen sich überwiegend in die Inaktivität in den „Wahlkämpfen“ zurück (Demobilisierung).

Bei den zu den Listenaufstellungen manipulativ eingesetzten WhatsApp-Listen handelt es sich um nichts anderes, als um Quotenregelungen, die allerdings unserem §5, Abs. 2 der Bundessatzung direkt widersprechen.

Wir sind als AfD – neben Basisdemokratie und Subsidiarität - dafür angetreten, dem Recht wieder Geltung zu verschaffen und den Rechtsstaat in Deutschland zu stärken – wir sind nicht angetreten, um es hinsichtlich Postengeschacher, Rechtsbrüchen und Hinterzimmer-Politik schlimmer zu machen als die Altparteien.

Die Mitglieder-Basis ist von den Teilnehmern dieser WhatsApp-Gruppe belogen und betrogen worden, die Partei wurde massiv beschädigt.

Aus diesen Gründen ist der Aufbau aller Organisationen und Organe der AfD ganz neu von unten her zu reorganisieren. Eben deshalb ist vom Stadtverbandsparteitag zu beschließen aus dem Bezirksverband auszutreten.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Haack Haack2017@gmx.de, AfD Mitgliedsnummer 23, Mob:01758239137

Düsseldorf, den 12.11.2017

P.S.: Sollte jemand Verbesserungsvorschläge dazu haben oder andere Anträge stellen, kann er sich gern per E-Mail oder Handy an mich wenden.

Mehr dazu finden Sie hier „talk4.de/antraege“